

Neue Lager 15.09.2015

Die Innenminister der EU haben sich auf Maßnahmen geeinigt, die Flüchtlinge aus Deutschland fernhalten sollen.

Wie Bundesinnenminister Thomas de Maizière nach dem gestrigen Treffen mit seinen EU-Amtskollegen berichtete, haben die EU-Innenminister einen konkreten Zeitplan für die Einrichtung von "Aufnahme"- oder "Registrierungszentren" für Flüchtlinge in den EU-Randstaaten beschlossen. Demnach werden derartige Lager nun in Griechenland und Italien installiert. In ihnen sollen alle Flüchtlinge zusammengeführt werden, die die EU erreichen. Wer Asyl erhält, kann in andere EU-Staaten umverteilt werden; wer keine Aussicht darauf hat, soll umgehend abgeschoben werden. Um die Abschiebungen ohne größere Schwierigkeiten durchführen zu können, soll die EU-Kommission sogenannte Rückführungsabkommen mit Drittstaaten schließen. Nach Deutschland kämen dann - zumindest der Theorie nach - nur noch Flüchtlinge, die Asyl erhalten haben und umverteilt werden.

Ergänzend haben sich die EU-Innenminister auf eine Liste sogenannter sicherer Herkunftsländer geeinigt. Asylanträge von Bürgern dieser Staaten können damit in Zukunft in einem beschleunigten Verfahren abgewickelt werden. Wie de Maizière bestätigt, finden sich auf der Liste die Staaten Südosteuropas, die nicht der EU angehören. Das trifft vor allem Roma, die in einigen dieser Länder massiv diskriminiert werden.

Wie de Maizière berichtet, sind die Beschlüsse nicht einstimmig gefällt worden: "Einige Staaten fühlen sich einer solidarischen Lösung nicht verpflichtet. Aber Mehrheit ist Mehrheit."

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com